

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 17 | 29.04.2022

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

Neuerscheinung

Markus Vašek

Richterbestellung in Österreich

Das vorliegende Werk nimmt das Bestellungsverfahren für Richterinnen und Richter in Österreich umfassend in den Blick. Die Rechtsordnung gilt maßgeblich mit jenem Inhalt, den Richterinnen und Richter in ihrer Rechtsprechung prägen. Ausgehend von der Erkenntnis, dass auch die – teilweise große Spielräume eröffnende – Anwendung demokratisch erzeugter Gesetze ihrerseits demokratisch legitimiert sein muss, wird der Rückbindung der Gerichtsbarkeit an den Souverän am Beispiel der Bestellung von Richterinnen und Richtern nachgespürt. Erst wenn sich dieses Verhältnis als hinreichend eng erweist, ist die den Gerichten übertragene Ausübung von Gestaltungsmacht erträglich. Genau aus diesem Grund erweist sich gerade die Bestellung von Richterinnen und Richtern als sensibel, weil sich der Einfluss der politischen Organe im Wesentlichen hierauf beschränkt - die anschließend unabhängigen Richterinnen und Richter sind politischer Ingerenz rechtmäßig nicht mehr zugänglich.

ISBN 978-3-7046-8832-3, 1. Auflage, 514 Seiten, 114 EUR // Nähere Infos finden Sie [hier](#).

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 163/2022](#)

Kundmachung der Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort über den Durchführungsbeschluss der Kommission zur **Freistellung von nicht-kommerziellen Busverkehrsdiensten in österreichischen Regionen** im Zuständigkeitsbereich der regionalen Verkehrsverbände Verkehrsverbund Ost-Region (VOR) und Oberösterreichischer Verkehrsverbund (OÖVV) von der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Vergabe von Aufträgen durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/17/EG

[BGBl II 164/2022](#)

Kundmachung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie über die **Aufhebung von Punkt A) 3 der Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie** vom 6. November 2006, Z BMVIT-138.002/0033-II/ST5/2006, durch den Verfassungsgerichtshof

[BGBl II 165/2022](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über den **72. Nachtrag zum Arzneibuch**

[BGBl II 167/2022](#)

Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der die **EAG-Investitionszuschüsseverordnung-Strom** geändert wird

[BGBl II 168/2022](#)

Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der die **Altlastenatlas-VO** geändert wird (2. Altlastenatlas-VO-Novelle 2021)

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 122 v 25.04.2022, 1](#)

Delegierte Verordnung (EU) 2022/670 der Kommission vom 2. Februar 2022 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/40/EU des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Bereitstellung **EU-weiter Echtzeit-Verkehrsinformationsdienste**

III. VfGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

28.02.2022, [V 546/2020](#)

StVO; Gesetzeswidrigkeit einer **ParkverbotsVO** der Landeshauptstadt Klagenfurt am Wörthersee; mangelhafte **Kundmachung** der VO durch signifikante Abweichung der Bodenmarkierung vom räumlichen Geltungsbereich der VO

08.03.2022, [V 261/2021 ua](#) (Anlassfall [E 4464/2020](#))

Stmk RaumordnungsG; Aufhebung des **Flächenwidmungsplans**, des **Örtlichen Entwicklungskonzepts** und des **Bebauungsplans** einer Stmk Gemeinde soweit sie sich auf bestimmte – in einem Landschaftsschutzgebiet gelegene – Grundstücke beziehen; keine Darlegung der **Gründe für die Widmungen** im Erläuterungsbericht und den Verordnungsakten; keine gesetzliche Deckung der Widmungen im Widmungszeitpunkt in Anbetracht der tatsächlichen rechtswidrigen gewerblichen Nutzung; Nutzungs- und Geländeänderungen per se baubewilligungspflichtig; Berücksichtigung der tatsächlichen rechtswidrigen Nutzung der Grundstücksflächen im Freiland im Rahmen der Flächenwidmung nicht zulässig

15.03.2022, [V 317/2021](#) (Anlassfall [E 4240/2020](#))

Oö RaumordnungsG; Aufhebung des **Flächenwidmungsteils**, des **Örtlichen Entwicklungskonzepts** und eines **Bebauungsplans** einer Oö Gemeinde mangels ordnungsgemäßer Kundmachung wegen Fehlens des – nach dem Oö RaumOG erforderlichen – Hinweises, **Anregungen oder Einwendungen** während der Auflagefrist einzubringen; erheblicher Verstoß gegen Formvorschriften mangels Hinweises auf die Möglichkeit der Bürgerbeteiligung im Verordnungserlassungsverfahren

18.03.2022, [E 4418/2020](#)

Nö RaumordnungsG; Anlassfall zu VfGH 07.03.2022, [V 260/2021](#)

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

28.03.2022, [Ro 2019/04/0226](#)

BundesvergabeG; AbfallwirtschaftsG; die präsumtive Zuschlagsempfängerin bedarf „als „**erlaubnisfreie Rücknehmerin**“ iSd § 24a Abs 2 Z 5 AbfallwirtschaftsG keiner Erlaubnis als Abfallsammlerin iSd § 24a Abs 1 leg cit; der von der Rw gegen die Zuschlagsentscheidung geltend gemachte **Ausscheidensgrund** der mangelnden Eignung der Zuschlagsempfängerin iSd § 141 Abs 1 Z 2 BundesvergabeG liegt daher nicht vor

29.03.2022, [Ro 2020/05/0022](#)

UVP-G; UVP-RL; das VwG hat zwar die **richtlinienkonforme Umsetzung** in Bezug auf Abfallbeseitigungsanlagen geprüft, es hat dabei aber in Verkennung der Rechtslage **Zwischenlagerungen** als nicht unter den in der UVP-RL verwendeten Begriff der Abfallbeseitigungsanlagen fallend unberücksichtigt gelassen; es wäre aber zu beurteilen gewesen, ob Österreich durch die nicht ausdrückliche Berücksichtigung von Zwischenlagern im Anhang 1 UVP-G seinen Ermessensspielraum überschritten hat oder Anhang 1 Z 2 UVP-G richtlinienkonform ausgelegt werden kann

29.03.2022, [Ra 2021/05/0113](#)

VVG; die **Vollstreckung** eines **baupolizeilichen Beseitigungsauftrags** während der Anhängigkeit eines Ansuchens um **nachträgliche Baubewilligung** ist unzulässig; Voraussetzung für die Unzulässigkeit der Vollstreckung eines Beseitigungsauftrags während der Anhängigkeit eines Bauansuchens ist jedoch, dass sich das nachträgliche Bauansuchen auf das vom Vollstreckungsverfahren betroffene Bauobjekt bezieht und dass diesbezüglich überhaupt eine nachträgliche Baubewilligung erteilt werden kann

C. VERWALTUNGSGERICHE

BVwG 09.03.2022, [W147 2220629-1](#), [W147 2220927-1](#), [W147 2221301-1](#), [W147 2220877-1](#), [W147 2220884-1](#)

ORF-G; in Bezug auf die Frage der Zuständigkeit für Anträge auf **Rückerstattung der in einem bestimmten Zeitraum geleisteten Umsatzsteuer auf das Programmengelt** ist festzuhalten, dass die Umsatzsteuer von der Höhe des Programmengelts abhängig ist und mit diesen insoweit verknüpft ist; daraus folgt, dass die Zuständigkeit zur Beurteilung eines Rückzahlungsanspruchs hinsichtlich der Umsatzsatzsteuer denselben Regeln folgt wie die Zuständigkeit für Rückzahlungsansprüche hinsichtlich des Programmengelts und sich somit eine Zuständigkeit der GIS Gebühren Info Service GmbH ergibt

BVwG 03.03.2022, [W257 2248971-1](#)

AVG; auch in Gesetzen, die vom AVG ausgenommen sind, müssen „**allgemeine Grundsätze eines geordneten rechtsstaatlichen Verwaltungsverfahrens**“ beachtet werden; auch gerade die Rechtsstellung der Partei mit dem Recht auf Akteneinsicht hat zu den Grundsätzen eines geordneten rechtsstaatlichen Verfahrens zu zählen; wenn daher in Akten der Justizverwaltung kein „auf die Bescheiderlassung zielendes Verfahren“ und daher kein „behördliches Verfahren“ vorliegt, verrichtet der Präsident des Landesgerichts als Vorsitzender dennoch Tätigkeiten, die ein Rechtsschutzinteresse auslösen können und dem Bf ist ein Recht auf Akteneinsicht zu gewähren

LVwG NÖ 08.03.2022, [LVwG-AV-565/001-2020](#)

TierärztekammerG; die Bestimmung des § 45 Abs 5 TierärztekammerG ist mit jener des § 103 ASVG vergleichbar, da sich auch im TierärztekammerG die zu erbringende Leistung und ausständige Beiträge gegenüberstehen; eine **Aufrechnung mit Beitragsrückständen** ist aber nur dann möglich, wenn sich Forderung und Leistung bereits im Zeitpunkt des Schuldenregulierungsverfahrens aufrechenbar gegenüberstanden; wenn sich hingegen Beitragsrückstand und Altersunterstützungsforderung im Zeitpunkt bis zur rechtskräftigen Annahme des Zahlungsplans nicht aufrechenbar gegenüberstehen, kann eine Aufrechnung bereits aus diesem Grund nicht erfolgen

LVwG NÖ 25.04.2022, [LVwG-AV-1445/001-2021](#)

Nö BauO; Nö RaumordnungsG; die Widmungsart Bauland-Wohngebiet ist dahingehend auszulegen, dass diese drei voneinander zu trennende Tatbestände für zulässige Gebäude enthält; zulässig sind somit erstens Wohngebäude, zweitens die dem täglichen Bedarf der dort wohnenden Bevölkerung dienenden Gebäude und drittens Betriebe; sofern daher ein Betrieb vorliegt, muss dieser nicht zusätzlich dem täglichen Bedarf der dort wohnenden Bevölkerung dienen

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[26.04.2022, Rs C-401/19, Polen/Parlament und Rat](#)

Nichtigkeitsklage – Richtlinie (EU) 2019/790 – Art 17 Abs 4 Buchst b und Buchst c letzter Satzteil – Art 11 und Art 17 Abs 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Freiheit der **Meinungsäußerung und Informationsfreiheit** – Schutz des geistigen Eigentums – Diensteanbietern für das Teilen von Online-Inhalten auferlegte Verpflichtungen – **Automatische Vorabkontrolle (Filterung) von Inhalten**, die von den Nutzern online gestellt werden

[26.04.2022, verb Rs C-368/20 u C-369/20, Landespolizeidirektion Steiermark \(Durée maximale du contrôle aux frontières intérieures\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Freizügigkeit – Verordnung (EU) 2016/399 – **Schengener Grenzkodex** – Art 25 Abs 4 – Vorübergehende Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen für eine Gesamthöchstdauer von sechs Monaten – Nationale Regelung, die **mehrere aufeinanderfolgende Kontrollzeiträume** vorsieht, die zu einer Überschreitung dieser Dauer führen – Unvereinbarkeit einer solchen Regelung mit Art 25 Abs 4 des Schengener Grenzkodex, wenn die aufeinanderfolgenden Zeiträume auf dieselbe Bedrohung oder dieselben Bedrohungen gestützt werden – Nationale Regelung, die unter **Androhung einer Sanktion** das Vorzeigen eines Reisepasses oder Personalausweises bei der Kontrolle an der Binnengrenze vorschreibt – Unvereinbarkeit einer solchen Verpflichtung mit Art 25 Abs 4 des Schengener Grenzkodex, wenn die Kontrolle selbst gegen diese Bestimmung verstößt

[28.04.2022, Rs C-666/19 P, Changmao Biochemical Engineering/Kommission](#)

Rechtsmittel – **Dumping** – Einfuhren von Aspartam mit Ursprung in der Volksrepublik China – Verordnungen Nr 1225/2009 und 2016/1036 – Zeitlicher Geltungsbereich – Art 2 Abs 7 – **Status eines Unternehmens**, das unter marktwirtschaftlichen Bedingungen tätig ist – Versagung – Art 2 Abs 10 – Berichtigungen – Beweislast – Art 3 – Feststellung der Schädigung – **Sorgfaltpflicht der Europäischen Kommission**

[28.04.2022, Rs C-79/20 P, Yieh United Steel/Kommission](#)

Rechtsmittel – **Dumping** – Durchführungsverordnung (EU) 2015/1429 – **Einführen von kaltgewalzten Flacherzeugnissen** aus nicht rostendem Stahl mit Ursprung in der Volksrepublik China und Taiwan – Endgültiger Antidumpingzoll – Verordnung (EG) Nr 1225/2009 – Art 2 – **Berechnung des Normalwerts** – Berechnung der Produktionskosten – Produktionsverluste – Weigerung, den Wert des aufbereiteten Eisen- und Stahlschrotts abzuziehen – Ermittlung des Normalwerts auf der Grundlage der **Verkäufe der gleichartigen Ware zum Verbrauch** auf dem **Inlandsmarkt des Ausfuhrlandes** – Ausschluss der auf dem Inlandsmarkt des Ausfuhrlandes getätigten Verkäufe von der Berechnungsgrundlage zur Ermittlung des Normalwerts, wenn sie zur Ausfuhr bestimmte Waren betreffen

[28.04.2022, Rs C-86/20, Vinařství U Kapličky](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse – Wein – Verordnung (EU) Nr 1308/2013 – **Vorschriften für die Vermarktung** – Art 80 – **Önologische Verfahren** – Vermarktungsverbot – Art 90 – Einführen von Wein – Verordnung (EG) Nr 555/2008 – Art 43 – Dokument V I 1 – Bescheinigung über die Herstellung von Weinpartien in empfohlenen oder zugelassenen önologischen Verfahren – Beweiswert – Verordnung (EU) Nr 1306/2013 – Art 89 Abs 4 – Sanktionen – **Vermarktung von Wein aus einem Drittland** – Wein, der Gegenstand nicht zugelassener önologischer Verfahren war – Befreiung von der Verantwortlichkeit – Beweislast

[28.04.2022, Rs C-237/20, Federatie Nederlandse Vakbeweging \(Procédure de pre-pack\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2001/23/EG – Art 3 bis 5 – **Übergang von Unternehmen** – Wahrung der Ansprüche und Rechte der Arbeitnehmer – Ausnahmen – Insolvenzverfahren – ‚Pre-pack‘ – Fortbestand eines Unternehmens – Übergang eines Unternehmens (Unternehmensteils) im Zuge der Eröffnung eines **Insolvenzverfahrens mit vorherigem ‚pre-pack‘**

[28.04.2022, Rs C-319/20, Meta Platforms Ireland](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz natürlicher Personen bei der **Verarbeitung personenbezogener Daten** – Verordnung (EU) 2016/679 – Art 80 – Vertretung betroffener Personen durch eine Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht – **Klage eines Verbands zur Wahrung von Verbraucherinteressen** ohne Auftrag und **unabhängig von der Verletzung konkreter Rechte** einer betroffenen Person – Auf das Verbot unlauterer Geschäftspraktiken, die Verletzung eines Verbraucherschutzgesetzes oder das Verbot der Verwendung unwirksamer Allgemeiner Geschäftsbedingungen gestützte Klage

[28.04.2022, verb Rs C-415/20 ua, Gräfendorfer Geflügel und Tiefkühlfeinkost](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Zollunion** – Ansprüche auf **Erstattung oder Zahlung von Geldbeträgen**, die von einem Mitgliedstaat unter Verstoß gegen das Unionsrecht erhoben oder versagt wurden – Antidumpingzölle, Einfuhrzölle, Ausfuhrerstattungen und finanzielle Sanktionen – **Begriff ‚unter Verstoß gegen das Unionsrecht‘** – Unzutreffende Auslegung oder Anwendung des Unionsrechts – Feststellung eines Verstoßes gegen Unionsrecht durch ein Unionsgericht oder ein nationales Gericht – Zinsanspruch – Verzinsungszeitraum

[28.04.2022, Rs C-510/20, Kommission/Bulgarien \(Mise à jour des stratégies marines\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Art 258 AEUV – Umwelt – Richtlinie 2008/56/EG – Meeresumwelt – Art 5 – **Meeresstrategien** – Art 17 Abs 2 und 3 – **Fehlende fristgemäße Überprüfung** der Anfangsbewertung und der Beschreibung eines guten Umweltzustands sowie der Umweltziele – Fehlende fristgemäße Übermittlung der Einzelheiten von im Anschluss an die Überprüfungen vorgenommenen Aktualisierungen an die Europäische Kommission

[28.04.2022, Rs C-531/20, NovaText](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Rechte des geistigen Eigentums** – Richtlinie 2004/48/EG – Art 3 – Allgemeine Verpflichtung in Bezug auf die Maßnahmen, Verfahren und Rechtsbehelfe, die zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums erforderlich sind – Art 14 – Begriff **‚zumutbare und angemessene Prozesskosten‘** – Patentanwalt – Fehlende Möglichkeit der Beurteilung der Zumutbarkeit und Angemessenheit der der unterlegenen Partei in Rechnung gestellten Kosten durch den nationalen Richter

[28.04.2022, Rs C-559/20, Koch Media](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Rechte des geistigen Eigentums** – Richtlinie 2004/48/EG – Art 14 – Begriffe ‚Prozesskosten‘ und **‚sonstige Kosten‘** – Abmahnung zur **Sicherstellung der außergerichtlichen Durchsetzung** eines Rechts des geistigen Eigentums – **Anwaltskosten** – Einstufung – Nationale Regelung, die den erstattungsfähigen Betrag dieser Kosten unter bestimmten Voraussetzungen beschränkt

[28.04.2022, Rs C-612/20, Happy Education](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 132 Abs 1 Buchst i – **Steuerbefreiungen** für bestimmte, dem **Gemeinwohl dienende Tätigkeiten** – Steuerbefreiungen im Zusammenhang mit der Erziehung von Kindern und Jugendlichen, Schul- und Hochschulunterricht – Erbringung von **das schulische Programm ergänzenden Unterrichtsleistungen** – Einrichtung des privaten Rechts, die diese Dienstleistungen zu kommerziellen Zwecken erbringt

[28.04.2022, Rs C-637/20, DSAB Destination Stockholm](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2006/112/EG – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Art 30a Nr 1 – Begriff ‚Gutschein‘ – Art 30a Nr 3 – **Begriff ‚Mehrzweck-Gutschein‘** – Verkauf einer Karte, die ihren Inhaber berechtigt, während einer begrenzten Dauer **mehrere touristische Dienstleistungen** in Anspruch zu nehmen

[28.04.2022, Rs C-642/20, Caruter](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2014/24/EU – **Vergabe öffentlicher Aufträge** – Art 63 – Inanspruchnahme der **Kapazitäten anderer Unternehmen** durch eine Gruppe von Wirtschaftsteilnehmern – Möglichkeit für den öffentlichen Auftraggeber, vorzuschreiben, dass bestimmte **kritische Aufgaben** von einem Gruppenteilnehmer ausgeführt werden – Nationale Regelung, nach der das bevollmächtigte Unternehmen mehrheitlich die Kriterien erfüllen und die Leistungen erbringen muss

[28.04.2022, Rs C-44/21, Phoenix Contact](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Geistiges Eigentum** – Richtlinie 2004/48/EG – Art 9 Abs 1 – Europäisches Patent – Einstweilige Maßnahmen – Befugnis der nationalen Gerichte, eine **einstweilige Maßnahme** anzuordnen, um eine drohende Verletzung eines Rechts des geistigen Eigentums zu verhindern – Nationale Rechtsprechung, wonach der Erlass einstweiliger Maßnahmen verweigert wird, wenn das in Rede stehende Patent nicht zumindest ein **erstinstanzliches Einspruchs- oder Nichtigkeitsverfahren** überstanden hat – Pflicht zur unionsrechtskonformen Auslegung

[28.04.2022, Rs C-72/21, PRODEX](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Zollunion – **Gemeinsamer Zolltarif** – Kombinierte Nomenklatur – **Tarifpositionen** – Unterposition 4418 20 – Geltungsbereich – Türen und Rahmen dafür, Türverkleidungen und -schwelle – MDF-Platten und Leisten – Allgemeine Vorschrift 2 a erster Teil für die Auslegung der Kombinierten Nomenklatur – **Unvollständige oder unfertige Ware** – Begriff

[28.04.2022, Rs C-86/21, Gerencia Regional de Salud de la Junta de Castilla y León](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Freizügigkeit der Arbeitnehmer – Art 45 AEUV – Verordnung (EU) Nr 492/2011 – Art 7 Abs 2 – **Gleichbehandlung** – Nationales System zur **Anerkennung der beruflichen Laufbahn** von Angehörigen der **Gesundheitsberufe** – Nichtberücksichtigung der in den Gesundheitsdiensten eines anderen Mitgliedstaats erworbenen Berufserfahrung – Hindernis

[28.04.2022, Rs C-89/21, Romega](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Lebensmittelrecht** – Verordnung (EG) Nr 2073/2005 – **Mikrobiologische Kriterien** für Lebensmittel – Art 1 – Anhang I – Frisches Geflügelfleisch – Untersuchung auf die in Anhang I Kapitel 1 Reihe 1.28 aufgeführten **Salmonellen** durch die zuständigen nationalen Behörden – Untersuchung auf andere pathogene Mikroorganismen – Verordnung (EG) Nr 178/2002 – Art 14 Abs 8 – Ermessen der nationalen Behörden – Umfang

[28.04.2022, verb Rs C-160/21 u C-217/21, NIKOPOLIS AD ISTRUM 2010](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsame Agrarpolitik** – Direktzahlungen – Verordnung (EU) Nr 1306/2013 – Zahlungen an die Begünstigten – Art 75 – **Zahlungsfrist** – Einhaltung – Fehlen – Stillschweigende Ablehnung des Beihilfeantrags

[28.04.2022, Rs C-277/21, SeGEC ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EU) Nr 549/2013 – **Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen** auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Union – Anhang A Nr 20.15 – Durch ein Institut für volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen ausgeübte **Kontrolle über Träger von Bildungseinrichtungen**, die als Organisationen ohne Erwerbszweck konstituiert sind – Bildungseinrichtungen, denen eine öffentliche Finanzierung und eine verfassungsrechtlich gewährleistete Bildungsfreiheit zugutekommen – Anhang A Nr 20.15 Satz 2 – Begriff ‚öffentliche Intervention in Form von allgemeinverbindlichen Verordnungen, die auf alle Einheiten anzuwenden sind, die in derselben Aktivität tätig sind‘ – Reichweite – Anhang A Nr 20.15 Satz 1 – Anhang A Nr 2.39 Buchst b, Nr 20.15 Buchst b und Nr 20.309 Buchst h – **Begriff ‚übermäßige Regulierung‘** – Reichweite

[28.04.2022, Rs C-804/21 PPU, C und CD \(Obstacles juridiques à l'exécution d'une décision de remise\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Eilvorabentscheidungsverfahren** – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Europäischer Haftbefehl – Rahmenbeschluss 2002/584/JI – Art 23 Abs 3 – Erfordernis eines Tätigwerdens der vollstreckenden Justizbehörde – Art 6 Abs 2 – Polizeibehörden – Ausschluss – Höhere Gewalt – Begriff – **Rechtliche Hindernisse für die Übergabe** – Von der gesuchten Person erhobene gesetzliche Klagen – Antrag auf internationalen Schutz – Ausschluss – Art 23

Abs 5 – Ablauf der Fristen für die Übergabe – Folgen – Freilassung – Verpflichtung zum Erlass jeglicher anderen **Maßnahme zur Verhinderung der Flucht**

B. SCHLUSSANTRÄGE

[28.04.2022, Rs C-344/20, SCRL \(Vêtement à connotation religieuse\) \(GA Medina\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 2000/78/EG – **Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf** – Diskriminierung wegen der Religion oder der Weltanschauung – **Interne Neutralitätsregel** eines privaten Unternehmens – Verbot jedes Tragens sichtbarer politischer, philosophischer oder religiöser Zeichen am Arbeitsplatz – **Religiöse Bekleidungsgebote** – Art 8 – Im Hinblick auf die Wahrung des Gleichbehandlungsgrundsatzes günstigere Vorschriften des nationalen Rechts – Wertungsspielraum der Mitgliedstaaten – Religion und religiöse Weltanschauungen als selbständiger Diskriminierungsgrund

[28.04.2022, Rs C-604/20, ROI Land Investments \(GA de la Tour\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Gerichtliche **Zuständigkeit und Anerkennung und Vollstreckung** von Entscheidungen – Verordnung (EU) Nr 1215/2012 – Art 17 und 21 – Verordnung (EG) Nr 593/2008 – Anzuwendendes Recht – Art 6 – **Individualarbeitsvertrag** zwischen einem Arbeitgeber und einem Arbeitnehmer – Patronatsvereinbarung zwischen dem Arbeitnehmer und einem Dritten über die Haftung für die Erfüllung der Verpflichtungen des Arbeitgebers gegenüber dem Arbeitnehmer – **Klage auf der Grundlage der Patronatsvereinbarung** – Klage wegen eines Arbeitsvertrags – Begriff ‚Arbeitgeber‘ – Begriff ‚berufliche oder gewerbliche Tätigkeit‘ – Begriff ‚Verbraucher‘ – Voraussetzungen der Anwendung der innerstaatlichen Zuständigkeitsvorschriften

[28.04.2022, Rs C-677/20, IG Metall und ver.di \(GA de la Tour\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Durch **Umwandlung gegründete Europäische Gesellschaft** – Europäische Gesellschaft in dualistischer Form – **Beteiligung der Arbeitnehmer** – Wahl von Arbeitnehmervertretern zu Aufsichtsratsmitgliedern – Getrennter Wahlgang für die von den Gewerkschaften vorgeschlagenen Arbeitnehmervertreter

[28.04.2022, Rs C-129/21, Proximus \(Annuaire électroniques publics\) \(GA Collins\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verarbeitung personenbezogener Daten und Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation – Richtlinie 2002/58/EG – Art 12 – **Teilnehmerverzeichnisse und Telefonauskunftsdienste** – Einwilligung der betroffenen Person – Verordnung (EU) 2016/679 – Definition der Einwilligung – Art 17 – Recht auf Löschung (**Recht auf Vergessenwerden**) – Art 5 Abs 2, Art 17 Abs 2, Art 19 und Art 24 – **Informationspflichten und Verantwortung** des Verantwortlichen

[28.04.2022, verb Rs C-164/21 u C-318/21, BALTIJAS STARPTAUTISKĀ AKADĒMIJA \(GA Čápetá\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EU) Nr 651/2014 – Art 2 Nr 83 – **Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsbeihilfen** – Begriff der **Forschungseinrichtung** – Hochschule, die wirtschaftliche und nicht wirtschaftliche Tätigkeiten ausübt – Bestimmung der Haupttätigkeit

[28.04.2022, Rs C-202/21 P, ABLV Bank/SRB \(GA Kokott\)](#)

Rechtsmittel – Bankenunion – Einheitlicher Abwicklungsmechanismus für Kreditinstitute und bestimmte Wertpapierfirmen (SRM) – Verordnung (EU) Nr 806/2014 (**SRM-Verordnung**) – Einheitlicher Abwicklungsfonds (SRF) – Im Voraus erhobene Beiträge eines Kreditinstituts zum SRF während der Aufbauphase – **Entzug der Zulassung eines Kreditinstituts** im Laufe eines Beitragsjahrs – Delegierte Verordnung (EU) 2015/63 der Kommission – Verweigerung der anteiligen Rückerstattung im Voraus erhobener Beiträge – Durchführungsverordnung (EU) 2015/81 des Rates

C. GERICHT

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

26.04.2022, Beschwerde Nr [37713/18](#), *Mediengruppe Österreich GmbH / Österreich*

Keine Verletzung von **Art 10 EMRK** (Recht auf freie Meinungsäußerung); Unterlassungsanordnung, die es Zeitung verbietet, Bild mit Titel „verurteilter Neonazi“ 20 Jahre nach inzwischen verjährter Verurteilung des Klägers zu veröffentlichen; Bekanntheitsgrad verloren; keine weiteren Straftaten; berechtigtes und erhebliches Interesse des Verurteilten, nach Entlassung nicht mehr mit Taten konfrontiert zu werden hinsichtlich Wiedereingliederung in die Gesellschaft; Abwägung der konkurrierenden Interessen durch OGH im Einklang mit Rsp des EGMR

26.04.2022, Beschwerde Nr [29836/20](#), *M.A.M / Schweiz*

Verletzung von **Art 2 EMRK** (Recht auf Leben) und **Verletzung** von **Art 3 EMRK** (Verbot von Folter, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung); mögliche Rückführung des Bf nach Pakistan, der in der Schweiz vom Islam zum Christentum konvertiert ist; Ablehnung des Asylantrags in der Schweiz; Fehlen einer gründlichen und strengen ex nunc Beurteilung der allgemeinen Situation konvertierter Christen in Pakistan und der persönlichen Situation des Bf durch innerstaatliche Behörden

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Clara Buder, Univ.-Ass. Mag. Nicole Dannerbauer, Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Univ.-Ass. Mag. Marlene Helml, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Dr. Florian Kronschlager, Univ.-Ass. Mag. Ilka Kuci, Wiss.-Mit. Laura Weberndorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.